

Nachdem Präsident Duque gegen sechs Artikel des Durchführungsgesetzes zur Übergangsjustiz (JEP) Einspruch eingelegt hatte, läuft eine heftige Diskussion, wie die beiden Kammern des Parlaments darauf reagieren können. Die Tageszeitung EL TIEMPO führt darüber am 17.3.2019 ein Interview mit Staatspräsident Iván Duque:

Iván Duque: „Weder wird es einen Zusammenstoß zweier Züge geben, noch eine Herausforderung des Verfassungsgerichts“

Der Präsident spricht über die Übergangsjustiz JEP. Er habe für den Frieden und rechtmäßig gehandelt. Er bittet, nicht in Polarisierung zu verfallen. Er ist in Gegenteil der Ansicht, dass in den diese Woche stattfindenden Parlamentssitzungen die Chance besteht, einen Konsens zu finden, „um die Übergangsjustiz zu verbessern“. Und er verweist darauf, dass die internationale Gemeinschaft dem Kongress zu verstehen gab, dass er die Einsprüche rasch behandeln solle.

Zudem sagte Duque EL TIEMPO, er plane keine baldigen Umbildungen seines Kabinetts und keine Abweichung von seinem Modell der Gouvernabilität, das darin besteht, den politischen Parteien keine Mitwirkung an der Kabinettsarbeit zu gestatten.

Frage:

Bedeutet Ihre Entscheidung, gegen das Gesetz über die JEP Einspruch zu erheben und Ihre Ankündigung, das Gesetz Nr.1 aus 2017 zu reformieren eine Herausforderung?

Antwort:

Ich fordere niemanden heraus. Ich hielt mich an eine Zuständigkeit, die mir die Verfassung dazu verleiht, Einsprüche vorzubringen gegen die Unangemessenheit von Gesetzesvorhaben, bevor diese in Kraft gesetzt werden. So verfuhr auch die Vorgängerregierung mit einem Gesetz, nachdem dieses das Verfassungsgericht passiert hatte. Zudem habe ich hervorgehoben, dass meine sechs Einwände zu 159 Paragrafen vorgebracht wurden, damit der Kongress die Übergangsjustiz verbessern soll und damit wir einen Konsens über die echte Wahrheit, echte Gerechtigkeit, echte Wiedergutmachung und echte Nichtwiederholbarkeit erreichen. Und was die internationale Gemeinschaft betrifft, so haben sowohl die USA, die EU als auch der Delegierte des UN-Generalsekretärs den Kongress dazu aufgefordert, die Einwände möglichst schnell zu behandeln, um die Übergangsjustiz zu verbessern.

F:

Lenkt diese Diskussion das Land nicht von anderen wichtigen Themen ab?

A:

Wir alle sind tagtäglich mit wichtigen Themen konfrontiert. Und hierbei handelt es sich um ein bedeutendes Thema, weil Kolumbien einen Frieden benötigt, der uns eint

und unswirkliche Gerechtigkeit garantiert. Unsere Einwände sollen bewirken, dass die Verursacher umfassend die Opfer entschädigen sollen, dass die Zuständigkeiten des Friedenskommissars bestehen bleiben um zu verhindern, dass keine Strömungen in dne Friedensprozess eindringen, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht unaufgeklärt bleiben, dass die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nicht beeinträchtigt werden, dass Vereinbarungen mit anderen Staaten über Auslieferungen nicht beeinträchtigt werden und dass „andere Personen“ die JEP nicht dazu missbrauchen, der Justiz anderer Staaten auszuweichen unter dem Vorwand, der „Wahrheit“ zu dienen.

F:

Sie haben gesagt, Sie suchten nach einem Konsens im Zusammenhang mit der JEP. Glauben Sie nicht, dass das aufgeheizte Klima dem nicht gerade förderlich ist?

A:

Zuerst muss ich erneut betonen, was ich in meiner Rede schon sagte. Nur gegen sechs von 159 Paragrafen des Gesetzes wurden Einwände vorgebracht, um den Kongress zu veranlassen, darüber nachzudenken, damit wir eine bessere Übergangsjustiz bekommen. Wir sind nur sechs Paragrafen davon entfernt, das zu erreichen und es ist entscheidend, dass alle im Kongress vertretenen Kräfte sich dazu äußern. Außerdem wird möglich, dass Regierung, Kongress und Verfassungsgericht zu einem großen institutionellen Konsens finden. Im Übrigen: Wer könnte gegen ein Gesetz sein, dass Sexualstraftäter gegen Kinder und Heranwachsende sich der normalen Justiz stellen müssen und keinerlei Vergünstigungen genießen sollen? Wer kann sich dagegen wenden, dass Delikte, die nach Unterzeichnung der Friedensabkommens begangen wurden, vor der normalen Justiz verhandelt werden?

F:

Was sagen Sie der Opposition, die Sie eines Attentats gegen „den Aufbau des Friedens“ bezichtigt hat?

A:

Wir machen Gebrauch von einem Recht des Präsidenten, das in Artikel 166 der Verfassung niedergelegt ist. Dies ist nicht das erste Mal, dass Teile von Durchführungsgesetzen nach ihrer Prüfung auf Verfassungskonformität beanstandet werden und nicht das erste Mal, dass der Kongress Verbesserungen vornehmen kann, welche die Einsprüche zur Grundlage haben. Alle Einwände verbessern die Qualität der Übergangsjustiz und wurden mit großem Respekt dem Verfassungsgericht präsentiert.

Am vergangenen Freitag besuchte ich die Agentur zur Wiedereingliederung im Departement Cesar, um dort mit mehr als 200 Demobilisierten zu reden und ihnen zu sagen, dass alle Personen im Verfahren der gesellschaftlichen Wiedereingliederung völlig beruhigt sein können, denn wir würden größte Anstrengungen unternehmen, dass ihnen ein erfolgreicher Übergang in die Legalität gelänge. Und dass sie absolut nichts zu befürchten hätten bezüglich der verfassungsrechtlichen, politischen,

parlamentarischen und demokratischen Diskussion über das Durchführungsgesetz zur JEP.

Wir kommen bei der Umsetzung des Friedensabkommens voran mit fühlbaren Ergebnissen: 14 Territoriale Entwicklungspläne beschlossen seit dem 7. August (Tag der Amtseinführung Duques, A.d.Ü.), 132 Projektvorschläge akzeptiert mit einem Volumen von insgesamt 686 Mrd Pesos (=rd. 245 Mio EUR, A.d.Ü.) über die Sonderbehörde Ocad Paz, ebenso produktive Projekte, die Substitution illegaler Pflanzungen, die Minenräumung und die internationale Zusammenarbeit.

F:

Ist es für Sie, Herr Präsident, nicht eine Gratwanderung zwischen Ihrer Kompetenz, Einspruch gegen ein Gesetz zu erheben und einer zu vermutenden Missachtung des Verfassungsgerichts?

A:

Hier beachte und nutze ich eine Zuständigkeit, welche mir die Verfassung zuschreibt, und ich suche eine Übergangsjustiz, die im Einklang steht mit den Prinzipien der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Wiedergutmachung und der Nichtwiederholung. Dies ist das Prinzip der Gewaltenteilung in seiner größtmöglichen Form. Jede der Gewalten - Exekutive, Legislative und Jurisdiktion - erfüllt ihren Auftrag zum Wohl der kolumbianischen Demokratie.

F:

Warum sagen einige Gruppierungen, Ihre Entscheidung könnte sich in den Weg zu einem neuen Krieg verwandeln?

A:

Das Gegenteil ist der Fall. Wir sind nur sechs Paragraphen von 159 davon entfernt, ein Gesetz zu bekommen, das uns zu einem Frieden führen wird, in dem es keine gesetzlichen Leerstellen geben wird, aus denen Straflosigkeit erwächst. Die Regierung sieht sich in der Pflicht, den Prozess der Wiedereingliederung aller Personen voran zu treiben, die wirklich die Gewalt hinter sich gelassen haben, und daher betreiben wir die Pläne zur Territorialen Entwicklung. Wir arbeiten weiter für einen Frieden, der alle Kolumbianer eint.

F:

Eine UNO-Organisation hat verlangt, das Gesetz rasch in Kraft zu setzen, aber im Generalsekretariat wartet man noch ab. Wer hat recht?

A:

Diese Version wurde vom Delegierten des UN-Generalsekretärs dementiert, der die Umsetzung der Vereinbarungen beobachtet und mit dem ich am Freitag die Agentur zur Wiedereingliederung besucht habe. Was er sagte war, dass er erwartet, dass der Kongress sich schnell zu den Einwänden äußert, damit die JEP gestärkt werden kann.

F:

Es wurde Mobilisierung zu Protesten gegen Ihre Entscheidung angekündigt. Beunruhigt Sie, dass sich soziale Konflikte verstärken, wie es bei den Studenten schon der Fall ist?

A:

Zu den Studenten bestanden niemals Gegensätze. Ich teile ihre Besorgnis hinsichtlich der Stärkung der höheren Bildung angesichts der historischen Versäumnisse aus der Vergangenheit. In einem verantwortungsvollen Dialog erreichten wir den höchsten Beitrag zur universitären Bildung, den es jemals gab bis hin zur Gebührenfreiheit für bedürftige Studenten. Das zeigt, was man in konstruktiven Gesprächen erreichen kann.

Bezüglich der Indigenen gibt es unter dieser Regierung erstmalig ein Kapitel für die indigene Bevölkerung im Nationalen Entwicklungsplan mit ca. 10 Billionen Pesos zu ihren Gunsten für meine Amtszeit. All das zeigt dass im Unterschied zu früheren Zeiten heute das Vereinbarte auch gehalten wird. Mir gefallen Vorschläge besser als Proteste, wenn man gemeinsam etwas aufbauen will. Aber ich respektiere Protest und Mobilisierung, aber sie müssen ohne Handlungen stattfinden, welche die Rechte Anderer beeinträchtigen.

F:

Könnte das Kräfte der Regierung umlenken in entsprechende Richtungen?

A:

Wir regieren weiterhin mit Ergebnissen für das kolumbianische Volk. Wir stehen nach wie vor vor großen Herausforderungen, aber wir gehen vorwärts in Sicherheit, in Wirtschaftswachstum, in sozialen, unternehmerischen und energiewirtschaftlichen Programmen.

F:

In dieser Woche begannen die regulären Sitzungen des Kongresses. Haben Sie erwogen, Ihr Kabinett umzubilden, um der politischen Kontrolle durch die Legislative zu begegnen?

A:

Ich glaube an die Stabilität von Teams, die zum Wohl des Landes arbeiten. In den letzten Jahren haben die fortwährenden Ministerwechsel die Sektorprogramme der Regierung beeinträchtigt.

F:

Hofft die Regierung auf Mehrheiten im Kongress?

A:

Ich glaube nicht ans Plattmachen. Mehrheiten werden täglich gebildet auf der Suche nach Projekten, die dem Land nützen und die uns helfen, uns auf das Einende und nicht auf das Trennende zu konzentrieren.

F:

Werden Sie in Ihren Beziehungen zu den Parteien etwas korrigieren?

A:

Ich respektiere die Gewaltenteilung, wie ich das auch durch meine Einwände gegen das Durchführungsgesetz gezeigt habe. Wir arbeiten weiter an einer transparenten, respektvollen Beziehung ohne versteckte Agendas zwischen dem Kongress und der Exekutive. Ich respektiere die Parteizugehörigkeit der Minister, aber ihre wichtigste Motivation sollte darin bestehen, Kolumbien vorbehaltlos zu dienen.

F:

Glauben Sie weiter daran, dass der Sturz Maduros nahe ist?

A:

.....

Das venezolanische Volk leidet heute nicht nur unter dem Joch einer brutalen Diktatur, sondern auch unter dem Fehlen grundlegender Dienstleistungen wie der Elektrizität und des Trinkwassers. Das Ende der Diktatur rückt näher.

F:

Was kann die Diplomatie noch tun, um Druck für den Rücktritt Maduros auszuüben?

A:

Die diplomatische Einkreisung geht weiter. Vor einigen Tagen hat die Interamerikanische Entwicklungsbank Ricardo Hausmann als Vertreter der Regierung Guaidó bei dieser Organisation an. Täglich verliert das Regime Maduro mehr an Spielraum und Legitimität. Kolumbien hat seine Verpflichtungen erfüllt: Wir haben die Hilfsgüter entgegengenommen, befördert und den Venezolanern übergeben, damit sie die Waren ins Land transportieren konnten. Aber die Repression verhinderte den Übergang dieser Güter nach Venezuela, und die venezolanischen Brüder leiden weiter.....

